

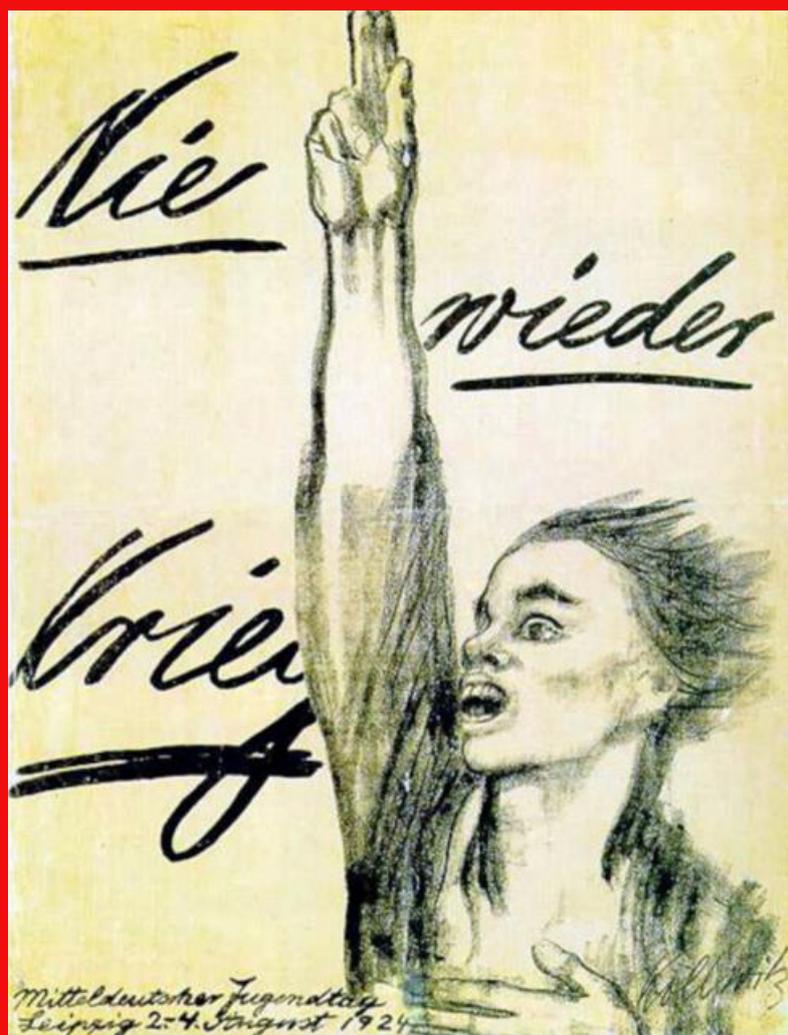
Avanti ²

Theoriebeilage

Für die
Unabhängigkeit
der Ukraine
von
Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

NEIN ZU KRIEG & AUFRÜSTUNG



INTERNATIONALER WIDERSTAND

INHALT

TITEL

- 01 KRIEG UND AUFRÜSTUNG**
Was tun?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

- 02 FRANKREICH**
Präsidentchaftswahlen

KRIEG

- 03 KRIEG UND AUFRÜSTUNG**
Was tun?

- 05 IMAGINE**
Mehr als eine Antikriegshymne

PANDEMIE

- 06 CORONA**
Prävention – was sonst?

FRAUEN

- 08 AUSBEUTUNG**
Frauen besonders betroffen

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

der verbrecherische Krieg des Putin-Regimes in der Ukraine ist ein Geschenk für die Herrschenden der „westlichen Wertegemeinschaft“.

Die Propagierung einer „Zeitenwende“ (Scholz) und eines langanhaltenden „Kampfes für die Werte der Demokratie und gegen Autokratie“ (Biden) sollten wir als Ankündigung eines massiven imperialistischen „Rollback“ auf den unterschiedlichsten Ebenen verstehen.

Die ehemals friedensbewegte „Verteidigungs“-Ministerin Lambrecht hat jetzt voll Stolz verkündet, dass die BRD zum zweitgrößten Waffenlieferanten für die Ukraine aufgestiegen ist.

In der April-Ausgabe von *Avanti*² befassen wir uns neben Krieg und Aufrüstung mit den derzeit laufenden Betriebsratswahlen und der Notwendigkeit einer solidarischen Bekämpfung der Pandemie.

In der Theoriebeilage tritt Helmut Dahmer sehr fundiert für die Verteidigung der Unabhängigkeit der Ukraine ein.

Noch mehr als sonst gilt: Passt auf Euch auf!

Eure Redaktion

Titelbild: Käthe Kollwitz, Nie wieder Krieg, Kreide- und Pinsellithographie von 1924 (gemeinfrei).

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

- 09 PROMINENT**
Fortgesetztes BR-Mobbing?

- 10 BR-WAHL 2022**
Kandidatur als Risiko

- 10 AUTOHAUS ERNST**
BR-Mobbing und Tarifflicht?

ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 11 UKRAINE-KRIEG**
Kein Zufall

RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 ALAIN KRIVINE**
Woran erinnern?

- 12 TERMINE**

THEORIEBEILAGE

- 01 UKRAINE**
Warum Unabhängigkeit

Frankreichs Präsidentchaftswahlen Philippe Poutou ist dabei

E. B.

Im letzten Moment ist es dem entlassenen Fordarbeiter Philippe Poutou und der NPA gelungen, die formelle Zulassung für die erste Runde der französischen Präsidentchaftswahl am 10. April 2022 zu erhalten.

Dieser Erfolg ist vor allem das Ergebnis einer enormen, monatelangen Anstrengung hunderter Genossinnen und Genossen. Sie haben landauf und landab die Rathäuser kleiner Orte besucht, um die 500 vorgeschriebenen Stützunterschriften von gewählten offiziellen Amtsträgern zu erhalten.

Der amtierende Staatspräsident Macron hat sich dieses Mal erfolgreich vor einem TV-Duell mit dem schlagfertigen Poutou gedrückt. Somit ist der Kandidat der NPA auf Einzelinterviews meist mit privaten Fernsehsendern angewiesen, um sein revolutionäres Programm einem Millionenpublikum vorstellen zu können.

Gerade in den letzten Tagen muss sich Philippe dabei gegen ständige Unterbrechungen durch Moderator*innen wehren und energisch einfordern, dass er eine Frage auch beantworten kann, bevor ihm eine neue gestellt wird.

Als großen Erfolg bewertet die NPA das Interesse an den Wahlveranstaltungen im ganzen Land. Selbst in kleineren Städten wollen jeweils mehrere hundert, oft sehr junge Menschen Poutou hören. Zudem erreichen die im Netz direkt übertragenen Meetings zehntausende weiterer Zuhörerinnen und Zuhörer.

Immer wieder kritisiert Philippe scharf die grenzenlose Jagd nach noch mehr Profiten. Sie führt, so Poutou, sowohl zur hemmungslosen Bereicherung der Herrschenden als auch zur zunehmenden Verarmung der arbeitenden Klasse. Je länger das

Mensch und Natur zerstörende kapitalistische System weiterwirken könne, desto größere Katastrophen erzeuge es.

Der Bruch mit diesen Verhältnissen ist überfällig, davon sind Philippe und die NPA überzeugt. Aber er wird nicht in den Wahlurnen stattfinden. Sondern er wird überall dort vorbereitet, wo sich die Ausgebeuteten und Unterdrückten zusammenschließen und gemeinsam für ihre Interessen kämpfen. Dazu will Poutous Kandidatur ermutigen (www.poutou2022.org/).



Philippe Poutou (mit Kappe) beim Abschied von Alain Krivine in Paris, 21. März 2022.

Nein zu Krieg & Aufrüstung* Internationaler Widerstand

O. T.



Antikriegsdemo am 5. März 2022 in Mannheim.

Foto: Avanti².

Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist ein Verbrechen. Es handelt sich um einen Angriffskrieg durch ein kapitalistisches, autokratisches und imperialistisches Regime mit großrussischen Ambitionen.

Dieser Krieg fordert immer mehr zivile und militärische Todesopfer. Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern sind auf der Flucht.

In dieser Situation gilt unser Mitgefühl der ukrainischen Bevölkerung. Das Recht auf Selbstverteidigung bleibt ihr unbenommen.

Unsere uneingeschränkte Solidarität verdienen vor allem diejenigen, die sowohl in der Ukraine als auch in Russland für ein Ende des Krieges eintreten.

Lügen des Putin-Regimes

Putin versucht, diesen Krieg unter anderem mit der Osterweiterung der NATO und mit unbewiesenen Behauptungen von Gräueltaten an der russisch-sprachigen Bevölkerung zu rechtfertigen. Aber weder das eine, noch das andere kann den Krieg gegen ein souveränes Land wie die Ukraine rechtfertigen.

Stattdessen ist zu hinterfragen, warum so viele Menschen aus den Staaten der früheren Sowjetunion mit Russland nichts mehr zu tun haben wollen.

Dort ist eben nicht vergessen: Der staatliche Terror, die Repressionen und die Bevormundung in der stalinistischen und bürokratischen Ära der Sowjetunion, sowie deren Ersetzung durch ein räuberisches kapitalistisches System der Oligarchen im heutigen Russland.

All das ist bis heute in Russland nicht wirklich aufgearbeitet worden.

Die massive Drangsalierung und Behinderung der politischen Opposition durch Verbote und die Einschränkung grundsätzlicher demokratischer Rechte setzt sich bis heute fort.

Diese Politik der russischen Regierung fördert den Nationalismus und treibt viele Menschen in die Arme der NATO und der EU.

Russland war noch nie so isoliert wie jetzt. Und noch nie waren die Reihen der NATO und der EU so eng geschlossen.

NATO kein Friedensbündnis

Dabei ist die NATO mitnichten ein Friedensbündnis. Natürlich geht es auch der NATO unter Führung der USA um die Auswei-

tung der eigenen Interessensphären, die durchaus auch mit Waffengewalt durchgesetzt werden.

Das haben die völkerrechtswidrigen Kriege im Kosovo 1999, in Afghanistan 2001 oder im Irak 2003 gezeigt, an denen auch NATO-Staaten im Schlepptau der USA beteiligt waren.

Kriegsführung in Europa steht nicht erst seit dem Überfall auf die Ukraine wieder auf der Agenda der Kriegstreiber in Ost und West.

Das von Kanzler Scholz am 27. Februar für Deutschland als „Zeitenwende“ verkündete Aufrüstungsprogramm beinhaltet die dauerhafte Übererfüllung der von den USA und der NATO schon lange geforderten Rüstungsausgaben in Höhe von 2 % des Bruttoinlandsprodukts.

Allein dies bedeutet eine Steigerung des jährlichen Rüstungsetats von bisher 52,8 Mrd. Euro im Jahr 2020 auf dann über 70 Mrd. Euro. Dazu kommt die kurzfristige Bereitstellung eines 100 Milliarden Euro schweren Sonderfonds zur Aufrüstung der Bundeswehr.

Machen wir uns nichts vor. Wie immer sollen vor allem die abhängig Beschäftigten und die Schwachen der Gesellschaft diese Kosten bezahlen.

Mit der Zusage der Bundesregierung auch Kriegswaffen zu liefern, drohen jetzt alle Dämme zu brechen.

Die weltweiten Rüstungsausgaben haben 2020 rund 2 Billionen Dollar betragen.

Mit dieser Unsumme Geld könnte weltweit globaler Hunger beseitigt, die Pandemie bekämpft, die Klimakatastrophe abge-

wehrt und Bildung für alle organisiert werden. Aber genau darum geht es den Herrschenden nicht. Ihnen geht es um noch mehr Macht, Einfluss und Profite.

Sinnlose Opfer dieser Politik

Diese Politik fordert von den arbeitenden Menschen auf allen Seiten sinnlose Opfer, ob als uniformiertes oder als ziviles Bombenopfer und Kanonenfutter. Von den menschlichen, sozialen, psychischen, kulturellen und ökologischen Verheerungen ganz zu schweigen.

So wird der Klimawandel schon in Friedenszeiten durch Waffenproduktion und Militärmanöver beschleunigt. Der Krieg selbst zerstört jeden Ansatz, um die Klimakatastrophe zu stoppen.

Die aktuelle Beschleunigung der Aufrüstung ist vor diesem Hintergrund der reine Wahnsinn.

Um künftige Kriege zu verhindern und den in der Ukraine schon begonnenen Krieg zu stoppen, gibt es keinen wirksamen Weg als den demokratischen Widerstand vor allem der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung.

Wir alle sollten uns Gedanken machen, welchen Beitrag wir leisten können, um die von Kanzler Scholz ausgerufene „Zeitenwende“ zu verhindern.

Kundgebungen und Demonstrationen sind gut und wichtig, aber nicht ausreichend.

Wäre es beispielsweise nicht an der Zeit, spontane Friedenspausen in Betrieben, Schulen und Unis gegen den Krieg und gegen die Aufrüstung in Deutschland und anderswo einzulegen?

Offensive für den Frieden

Was wir jetzt aber vor allem brauchen, ist eine internationale gewerkschaftliche und gesamtgesellschaftliche Offensive für den Frieden auf der Basis folgender Forderungen und Zielsetzungen:

- Sofortiger Waffenstillstand!
- Russische Armee raus aus der Ukraine!
- Die Kriegstreiber in Ost und West stoppen!
- Nein zu Krieg und Aufrüstung!
- Statt des Wirtschaftskrieges zu Lasten der russischen Bevölkerung Enteignung der Auslandsvermögen des Putin-Regimes und seiner Vasallen und Unterstützung der Kriegsoffer und Geflüchteten!
- Für uns in Deutschland gilt es, dem vorgesehenen Aufrüstungsprogramm ein Programm für das Leben entgegenzustellen und gemeinsam für dessen Durchsetzung zu kämpfen:
- Leisten wir Widerstand gegen die Aufrüstung der Bundeswehr und gegen die Steigerung des Rüstungsetats auf 2 % des Bruttoinlandsproduktes!
- Kämpfen wir gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland und fordern wir stattdessen die Vernichtung aller Atomwaffen!
- Deutschland muss raus aus dem Militärbündnis NATO und die NATO muss aufgelöst werden!
- Nicht nur die ukrainischen Flüchtlinge müssen aufgenommen werden, sondern auch diejenigen aus Moria oder Afghanistan!
- Fordern wir 100 Milliarden für das Leben, für die Umwelt, für das Klima und nicht für die Profite der Kriegsindustrie und das Töten!

Denn: Unser Leben ist mehr wert, als ihre Profite!

* [Wir geben hier den Redebeitrag der ISO Rhein-Neckar für die Antikriegskundgebung in Mannheim am 19. März 2022 in redaktionell überarbeiteter Form wieder.]



Antikriegs-Kundgebung in Mannheim, 26. Februar 2022.

Imagine

Mehr als ein Antikriegslied?

M. G.

Neue Popularität hat *Imagine* durch die derzeitigen Antikriegsproteste erlangt. Dies zeigte sich etwa am 13. März 2022 bei der Kundgebung des Bündnisses „Stoppt den Krieg“ im Stuttgarter Oberen Schlossgarten. 35.000 Menschen sangen und summten dort das berühmte Lied voller Inbrunst.

John Lennon hatte den Song am 27. Mai 1971 in seinem englischen Privatstudio aufgenommen. Mit dabei war neben anderen Musikern sein alter Kumpel Klaus Voormann am Bass. Im Juli desselben Jahres erfolgte die finale Abmischung in New York.

Imagine gilt als Lennons größter Hit. In Wirklichkeit war es jedoch ein Lennon-Ono-Titel. Yoko hatte einen wesentlichen Beitrag zu Text und Konzeption von *Imagine* geleistet.

Imagine ist eine sehr politische Hymne. Sie ist laut Lennon mit einem musikalischen „Zuckerguss“ überzogen und deshalb weltweit bekannt geworden.

Gegen den Krieg

Der Liedtext beginnt – in deutscher Übersetzung – mit den Zeilen:

*Stell Dir vor, es gibt keinen Himmel
Es ist ganz einfach, wenn Du es versuchst
Keine Hölle unter uns
über uns nur Himmel
Stell Dir vor all die Menschen
leben nur für heute*

Und danach heißt es:
*Stell Dir vor, es gibt keine Länder
es ist nicht schwer, das zu tun
Nichts, wofür es sich zu töten oder zu sterben lohnt
und auch keine Religion
Stell Dir vor, alle Menschen,
leben ihr Leben in Frieden*

Es sind vor allem diese letzten Zeilen, die *Imagine* zum Antikriegslied werden ließen.

Gegen den Kapitalismus

Imagine war für Lennon nicht nur ein internationalistisches, sondern auch ein antikapitalistisches Stück. Er bezeichnete es sogar als revolutionäre Musik. *Imagine* sollte dem Traum von einer sozialistischen Demokratie jenseits der bürokratischen Diktaturen im Osten neue Kraft verleihen.

Diese Hoffnung bringt die folgende Strophe zum Ausdruck:

*Stell' Dir vor es gibt keinen Besitz
Ich frag' mich, ob Du das kannst
Keinen Grund für Gier oder Hunger
Eine Gemeinschaft der Menschen
Stell' Dir vor, alle Menschen
teilen sich die ganze Welt*



Foto: Red Mole vom 1. September 1971.

John und Yoko bei einer Irland-Demo in London, August 1971.

Gegen die Resignation

Anfang der 1970er Jahre gab es zwar viel mehr Menschen als heute, die sich für die Überwindung des Kapitalismus einsetzten. Aber schon damals waren politische Apathie und Resignation weit verbreitet.

John Lennon und Yoko Ono ignorierten keineswegs diesen Teil der Realität. Aber sie traten dem Skeptizismus mit der folgenden Strophe entgegen, die zur Betonung im Lied zwei Mal wiederholt wird:

*Du wirst vielleicht sagen, ich sei ein Träumer
Aber ich bin nicht der Einzige
Ich hoffe, eines Tages wirst Du Dich uns anschließen
Und die ganze Welt wird eins sein*

Es ist keine Frage, dass gerade in Zeiten wie diesen *Imagine* kein verstaubter Song ist. Ganz im Gegenteil! Denn: „Wer keine Kraft zum Träumen hat, hat keinen Mut zum Kämpfen.“ ■

Solidarität in Zeiten der Pandemie

Prävention statt profitorientiertes Chaos

K. O.

Der Beschluss der Bundesregierung, den bisherigen (völlig ungenügenden) Infektionsschutz ab dem 2. April 2022 fast vollständig aufzuheben, ist verheerend und menschenverachtend. Rekordzahlen bei den nachgewiesenen Ansteckungen, den hospitalisierten Krankheitsfällen und den Todesopfern verlangen einen konsequenten und sofortigen Kurswechsel. Erforderlich ist eine Politik, die für den bestmöglichen Schutz unserer Gesundheit und unseres Lebens einsteht.

Diesem Anliegen entsprechen die Vorschläge der ISO für einen gesellschaftlichen Plan zur aktuellen (und zukünftigen!) Pandemiebekämpfung. Sie lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen.

1. Für das Recht auf wirksamen Infektionsschutz

Ständige, für alle Menschen verständliche Aufklärung über die Gefahren der Pandemie, über das Recht auf wirksamen Infektionsschutz und die Notwendigkeit der flächendeckenden Umsetzung der AHA-L-Regeln.

Im Interesse des Selbstschutzes und des Schutzes anderer vor Ansteckung ist die Einhaltung der Abstandsregeln und das Tragen von wirksamen Masken richtig.

Kostenlose FFP2-Masken für alle, flächendeckende, einfach zugängliche, kostenlose und zuverlässige Testmöglichkeiten überall: in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz während der Arbeitszeit, in Kitas und Schulen usw.

Verbindliche und einfach zu konkretisierende Infektionsschutzmaßnahmen in allen gesellschaftlichen Bereichen – beginnend mit den Brennpunkten der Pandemie (Alten- und Pflegeheime, Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Flüchtlingsunterkünfte, Handels- und Industriebetriebe), aber auch im öffentlichen Nah- und Fernverkehr, an Universitäten etc.

2. Impfen

Impfen ist neben der Prävention eine zentrale Einzelmaßnahme zur Eindämmung der Pandemie. Wir treten für eine niedrigschwellige, aufsuchende, flächendeckende Impfkampagne ein, begleitet von Aufklärung über die Wirkung des Impfstoffs. Wir sind gegen eine allgemeine Impfpflicht, sie kann Bedenken und Ängste nicht ausräumen, nur verstärken. Denn gleichzeitig wird sichtbar, dass Impfen allein die Verbreitung neuer Mutationen des Virus nicht verhindert – zumindest solange nicht das Gros der Weltbevölkerung geimpft ist.

3. Gesundheitsschutz am Arbeits- und Ausbildungsplatz

Belegschaften und Betriebsräte müssen in die Lage versetzt werden, die Einhaltung der Arbeitsschutzregeln aktiv einzufordern und zu kontrollieren. Gewerkschaften müssen sie dabei konsequent unterstützen.

Das betrifft insbesondere die betriebliche und überbetriebliche Überprüfung der erforderlichen Gefährdungsbeurteilungen und der Einhaltung des TOP-Prinzips: Das heißt Umsetzung der nötigen technischen (z. B. Luftfilter), organisatorischen (z. B. Abstandsregelungen) und persönlichen Schutzmaßnahmen (z. B. FFP2-Masken).

Unternehmensleitungen, die das verweigern, müssen von den zuständigen Stellen kontrolliert und sanktioniert werden (Berufsgenossenschaften, Gesundheitsämter und Gewerbeaufsichtsämter).

Überall, auch dort wo es keine formale Interessenvertretung gibt, müssen Beschäftigte das Recht erhalten, von ihnen bestimmte Gesundheitsschutz-Kommissionen einzurichten und darin tätig zu werden. Gewerkschaften müssen dies unterstützen.

Wirksame Durchsetzung des Rechts zur Bildung von Betriebsräten in allen Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten.



Foto: helmut-roos@web.de



Kundgebung „Solidarität in Zeiten der Pandemie“ in Mannheim, 10. April 2021.

Foto: helmut-roos@web.de.

Konsequente politische und strafrechtliche Abwehr von Betriebsmobbing und Gewerkschaftsbekämpfung.

Erkrankungen an COVID-19 und häusliche Quarantäne dürfen nicht zu Arbeitsplatz- oder Einkommensverlust führen.

Statt „Homeoffices“ müssen Unternehmen Telearbeitsplätze zur Verfügung stellen, die gemäß Arbeitsstättenverordnung eingerichtet sind.

4. Ein vorbeugendes und öffentliches Gesundheitssystem

Wiederaufbau und -ausbau der durch die neoliberale Politik weitgehend handlungsunfähig gemachten Gesundheitsämter, der staatlichen Gewerbeaufsicht und der Berufsgenossenschaften.

Aufstockung und Qualifizierung des Personals in diesen Bereichen, damit in einem Pandemiefall die Nachverfolgung und Unterbrechung von Infektionsketten sowie die Aufsicht über Betriebe und Einrichtungen, die die Schutzmaßnahmen vor Ansteckungen nicht sicherstellen, möglich sind.

Die Privatisierung und Schließung von Kliniken muss gestoppt werden. Abkehr vom System der Fallpauschalen und von der profitorientierten Ausrichtung auch öffentlicher Krankenhäuser. Unterstützung der Tarifbewegungen für mehr und besser bezahltes und qualifiziertes Personal, gesundheitsschützende Arbeitsbedingungen sowohl in der Kranken- als auch in der Altenpflege.

Für ein präventives, an den Interessen der Patient*innen ausgerichtetes, öffentliches Gesundheitssystem als integraler Bestandteil der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge, das nicht nur gute Arbeit und gute Einkommen für die Beschäftigten sicherstellt, sondern ihnen auch wirksame Entscheidungs- und Kontrollrechte einräumt.

Einrichtungen des Gesundheitswesens, selbst bereits privati-

sierte, gehören in Öffentliche Hand – nicht nur Krankenhäuser, auch Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste, Altenheime, Rettungsdienste, Testeinrichtungen.

5. Internationale Solidarität

Freigabe aller Impfstoff- und Medikamentenpatente gemäß Artikel 14 GG (Durchsetzung der Sozialbindung des Eigentums) und Unterstützung aller internationalen Initiativen für ein an der Gesundheit der Menschen ausgerichtetes, demokratisch kontrolliertes System des Infektionsschutzes sowie der Produktion und Verteilung von Masken und Impfstoffen

Diese Vorhaben sind von den Profiteuren der Pandemie zu finanzieren: Erhebung einer Solidaritätsabgabe, Beendigung der Steuerflucht, Wiedereinführung einer Vermögenssteuer für alle zu versteuernde Jahreseinkommen ab 250.000 Euro.

Ein derartiger Plan wird letztendlich nur durch massiven, über die einzelnen Bereiche hinweg koordinierten Druck von unten durchgesetzt werden können. Erforderlich ist deshalb der Aufbau einer sozialen und ökologischen Front, die für klassenpolitische Solidarität nicht nur in Zeiten der Pandemie eintritt. Sie ist die Voraussetzung, um den Widerstand gegen die herrschende Politik mit der Abwehr der rechten, coronaleugnenden Bewegung konsequent zu verbinden.

Die Ursachen der Pandemie müssen international bekämpft werden – insbesondere die kapitalistische „Globalisierung“ und die damit verbundene Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!
Koordination der ISO, 27. März 2022

Ausbeutung von Frauen bekämpfen Solidarität organisieren*

N. B.

Am Internationalen Frauentag, dem 8. März 2022, fanden auch in der Kurpfalz Demonstrationen statt. Im Folgenden dokumentieren wir den Redebeitrag der ISO Rhein-Neckar für die Kundgebung in Heidelberg.

Zum 111. Mal begehen wir heute den Internationalen Frauentag. Von Anfang an war der Frauentag auch ein Antikriegstag. Es war das Jahr 1911, die Zeichen standen bereits auf Krieg.

Die radikalsten unter den Frauen, wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, erkannten damals, dass sie sich im Krieg nicht auf die Seite eines Nationalstaats stellen konnten. Sie erkannten, dass es in dem Krieg nicht um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gehen würde, erst recht nicht um die der Frauen.

Militärbündnisse – oder wie sich die aggressivsten und mächtigsten heute nennen: Verteidigungsbündnisse – sind keine Bündnisse der Bevölkerung, sondern der Vertreter*innen des Kapitals. Für sie sind Kriege eine willkommene Gelegenheit, ihren Reichtum und ihre Einflussphären zu vergrößern.

1911 und in den darauffolgenden Jahren stellten sozialistische Frauen dem Kriegstreiben eine internationalistische, antimilitaristische Position entgegen. Während des Krieges wurden die Aktionen zum Internationalen Frauentag dementsprechend auch verboten.

Auch heute setzen sich Frauen an vorderster Front gegen Krieg ein, nicht zuletzt Feministinnen in Russland.

Das erinnert uns daran, dass Geschlechterverhältnisse und Frauenunterdrückung nicht unabhängig von anderen gesellschaftlichen Verhältnissen bestehen, sondern eng damit verwoben sind. Plötzlich kann die BRD 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung einer – entgegen aller Beteuerungen – ohnehin schon hochgerüsteten Armee ausgeben. Um „Frieden zu schaffen“ mit noch mehr Waffen.

Für unsere Gesundheit, die Pflege und Betreuung unserer Kinder und Angehörigen, für den Schutz von Frauen vor Gewalt waren diese Milliarden nie locker. Und sie werden dafür auch in Zukunft nicht locker gemacht, wenn wir nicht eine grundlegend andere Gesellschaft aufbauen.

Heute leiden wir alle unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das nahezu die gesamte Welt umklammert und zerstört. Als Frauen leiden wir in besonderer Weise darunter. Das kapitalistische System hat sich Jahrtausende der Frauenunterdrückung und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung angeeignet und weiß sie für sich zu nutzen.



Streikdemo der Sozial- und Erziehungsdienste in Mannheim, 8. März 2022.

Immer noch arbeiten Frauen besonders häufig in Sorgeberufen wie der Pflege und Betreuung, als Reinigungskräfte oder Verkäuferinnen. Tätigkeiten, die schlechter bezahlt sind als andere.

Schlechte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen führen direkt zu Überarbeitung, Armut während des Erwerbslebens und im Ruhestand, und sie machen psychisch und physisch krank. In der Corona-Pandemie haben deswegen immer mehr Menschen ihre Arbeit in der Pflege aufgegeben. Sie konnten nicht mehr, hatten schon längst weit über ihre Grenzen hinaus gearbeitet.

So führen die schlechten Arbeitsbedingungen zusätzlich zu Personalmangel, der die Arbeitsbedingungen noch weiter verschärft.

Und er wirkt auch auf viele andere Frauen zurück. Wer holt denn die Kinder ab, wenn die Kita wegen Personalmangel früher schließt? Wer pflegt die Menschen, für die es keine würdige Möglichkeit der Unterbringung außerhalb des privaten Heims gibt?

Diese unbezahlten Arbeiten werden hauptsächlich von Frauen geleistet. Es können tolle, erfüllende Arbeiten sein. Sie werden aber zur erdrückenden Last, wenn sie zum Zwang werden, wenn wir uns dafür zwischen Lohnarbeit und unbezahlter Sorgearbeit zerreißen müssen, wenn sie zu Armut führen.

Diese Armut ist kein gottgegebenes Schicksal. Armut ist eine brutale Form der Gewalt von Ausbeutern an Ausgebeuteten, von Firmeneigentümer*innen an uns Arbeiterinnen, von Wohnungseigentümer*innen an uns Mieterinnen, von Kriegstreibern an Vertriebenen und Bekriegten. Von dieser Gewalt sind Frauen ganz besonders betroffen.

Was also tun?

Der Weg in eine befreite, an menschlichen Bedürfnissen ausgerichtete Gesellschaft wird kein Spaziergang, da gibt es keine Geschenke.

Was wir deswegen vor allem brauchen ist Solidarität – echte, gelebte, internationalistische Solidarität, die wir in konkreten Kämpfen in unseren Lebens- und Arbeitsbereichen organisieren müssen, wie die Kolleginnen im Sozial- und Erziehungsdienst es im Moment tun!

Eine wesentliche Forderung war und ist für uns als Internationale Sozialistische Organisation die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Es geht also darum, die Arbeit auf alle Schultern zu verteilen und für die einzelnen Menschen die Arbeitszeit zu reduzieren. So können wir uns daran machen, Sorgearbeit zu vergesellschaften und gemeinsam entsprechend der Fähigkeiten und Bedürfnisse aller zu gestalten.

Wir müssen überall, wo es geht, feministische und klassenkämpferische Arbeit zusammenführen, sei es im Bereich der Sorgearbeit oder in anderen Arbeits- und Gesellschaftsbereichen.

Mit Rosa Luxemburg gesprochen: Treten wir ein für eine revolutionäre Realpolitik, mit der wir endlich den Kapitalismus und das Patriarchat überwinden können!

Betriebsratswahl bei ProMinent Heidelberg

Firmenliste kontra IGM-Betriebsratskandidatur

O. T.

Schon mehrfach haben wir über die Beeinflussung der BR-Wahlen bei ProMinent berichtet. Besondere Bedeutung hat dieser Vorgang, weil der Präsident des Arbeitgeberverbands BDA, Rainer Dulger, Mitglied der Geschäftsleitung des Unternehmens ist.

2021 hatte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil angekündigt, mittels des „Betriebsrätemodernisierungsgesetzes“ gegen die Praxis der Behinderung von BR-Wahlen vorgehen zu wollen. Nun wird ausgerechnet im Betrieb des Arbeitgeberpräsidenten in unzulässiger Weise und ungestraft Einfluss auf die Betriebsratswahl genommen.

In einem offiziellen Aushang hat die Geschäftsleitung zur Abwahl des bestehenden IGM-Betriebsrats aufgerufen und die Bildung der firmennahen Gegenliste „Pro Prominent“ befördert. Die „Begründung“: Der bisherige Betriebsrat sei zu wenig konstruktiv und im Übrigen zu teuer. Deshalb könnten Gelder, die zum Beispiel für BR-Seminare ausgegeben werden oder für Arbeitsgerichtsprozesse, nicht zum Nutzen der Belegschaft verwendet werden.

Diese Aussagen der Geschäftsleitung sind ein massiver und unzulässiger Angriff auf den Betriebsrat. Sie sind zudem noch mit falschen Behauptungen vermengt, um das demokratisch gewählte Gremium für die Belegschaft als unwählbar darzustellen.

BR-Mobbing gegen IGM-Betriebsrat

Es ist offensichtlich, dass die Geschäftsleitung den bestehenden Betriebsrat bekämpft. Sie will diesen, der sich für die Belange der Belegschaft einsetzt, durch ein willfähriges Gremium ersetzen, das ganz im Sinne der Geschäftsleitung zu allem „Ja und Amen“ sagt. Vor wenigen Tagen hat sie übrigens nun auch bei der Vertriebsgesellschaft des Unternehmens eine gelbe Liste initiiert.

Zunächst schien das Kalkül der Geschäftsleitung aufgegangen zu sein. Die firmennahe „Liste Pro ProMinent“ hat sich nach dem Aushang der Geschäftsleitung gebildet. Zudem hat sie mit dem Einreichen ihrer eigenen Liste beim Wahlvorstand die ursprünglich von Betriebsrat und Gewerkschaft geplante Persönlichkeitswahl torpediert. Sie tritt jetzt gegen die IG Metall-Liste „Pro Belegschaft“ an, auf der im Wesentlichen die bisherigen aktiven Betriebsratsmitglieder und weitere Beschäftigte kandidieren.

Wes Geistes Kind die Kandidaten der „Liste Pro Prominent“ sind, kann man unschwer an ihrem Verhalten und ihren Aussagen erkennen. Hatten sie in ihrem Wahlprogramm noch behauptet, auch sie wollten sich für eine produktive Zusammenarbeit mit der IG Metall einsetzen, so war nach der letzten Betriebsversammlung am 16. März 2022 davon nichts mehr zu hören.

Stattdessen beklagten sie sich darüber, dass die IG Metall nicht nur ihr Recht wahrgenommen hat, auf der Betriebsversammlung anwesend zu sein, sondern auch noch zur Bedeutung der anstehenden Tarifrunde und der BR-Wahl für die Belegschaft Stellung bezogen hat. Bezeichnenderweise strichen sie danach den Passus zur Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft wieder aus ihrem Wahlprogramm.

Belegschaft muss sich entscheiden

Damit zeigt die gelbe Firmenliste, dass sie mit Gewerkschaftsarbeit überhaupt nichts am Hut hat. Es geht ihr ausschließlich um die Interessen der Geschäftsleitung, die aber bei einer Betriebsratswahl keine Rolle spielen dürfen.

So bestreiten die gelben Kandidaten das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei der Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die dem Schutz der persönlichen Daten der Beschäftigten dient. Außerdem kritisierten sie den Betriebsrat, weil er nicht generell Überstunden freigibt, wenn die Geschäftsleitung das wünscht.

Das allein zeigt schon, dass sie keine Ahnung vom Betriebsverfassungsgesetz haben und der Geschäftsleitung freie Bahn für die Durchsetzung ihrer Interessen geben wollen. Um dies zu verschleiern, wurden sogar im großen Stil Brezeln im Betrieb verteilt, in der Hoffnung, dass dies bei der Wahl die gewünschten Stimmen bringt.

Die Belegschaft bei ProMinent muss nun bei der BR-Wahl am 5. April 2022 entscheiden, ob sie einen in ihrem Sinne handelnden Betriebsrat will, der von der IG Metall unterstützt wird.

Von der Entscheidung der Kolleginnen und Kollegen wird abhängen, ob sie den von der Geschäftsleitung geplanten Verlagerungen und Abbaumaßnahmen schutzlos ausgeliefert sein werden – oder nicht. ■



Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 16. Oktober 2021. Foto: helmut-roos@web.de.

„BR-Wahlen 2022 und BR-Mobbing – Was tun?“

H. N.

Unter dieser Überschrift hatte das Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ zu einem spannenden Infoabend am Montag, den 14. März 2022, eingeladen. Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Branchen (Industrie, Handel, Verkehr ...) sowie gegen BR-Mobbing Aktive berichteten in einem hybriden Format über ihre Erfahrungen.

Vom 1. März bis zum 31. Mai 2022 wählen Millionen Beschäftigte ihre betrieblichen Interessenvertretungen. Unbestreitbar ist es für Beschäftigte von großer Bedeutung, ob es in „ihrem“ Unternehmen einen Betriebsrat - und insbesondere eine aktive und kämpferische Interessenvertretung - gibt oder nicht. Dennoch spielen die bevorstehenden Betriebsratswahlen in der veröffentlichten Meinung kaum eine Rolle.

Bereits im Vorfeld der diesjährigen BR-Wahlen gab es immer wieder neue Nachrichten über die Bekämpfung von Betriebsräten durch Unternehmensleitungen.

Beunruhigende Häufung von Angriffen

Die aktuelle Häufung solcher Attacken ist nicht nur sehr beunruhigend, weil sie eine zunehmend aggressivere Bekämpfung der demokratischen Rechte von Beschäftigten bedeutet. Sie ist auch bezeichnend für eine gesellschaftliche Tendenz zur hemmungslosen Durchsetzung des „Rechts des Stärkeren“ auch außerhalb der Arbeitswelt. Es ist kein Zufall, dass in den Medien – wenn überhaupt – kaum über die Hintergründe dieser kriminellen Vorgänge berichtet wird.

Die an der Veranstaltung Teilnehmenden stellten detailliert dar, welchen Angriffen sie seitens der jeweiligen Geschäftsführungen ausgesetzt sind.

Dabei kam und kommt das ganze illegale Arsenal der Mobber zum Einsatz: Verhinderung von BR-Wahlen, Behinderung von Wahlvorständen, Spaltung von existierenden Gremien, Torpedieren der Persönlichkeitswahl, Aufstellen firmenhöherer Listen, unterschiedliche Einschüchterungsmaßnahmen, offenes Mobbing von aktiven Betriebsräten ...

Konsequenter Widerstand erforderlich

Nach den uns bekannten Zahlen arbeiten mittlerweile in Westdeutschland nur noch 42 Prozent der Beschäftigten in einer Firma mit Betriebsrat, im Osten sogar lediglich 35 Prozent. Noch Mitte der 1990er Jahre waren es 51 Prozent im Westen und 43 Prozent im Osten. Besonders stark ist der Rückgang in mittelgroßen Betrieben mit 51 bis 500 Beschäftigten. Diese erschreckende Entwicklung ist nicht zuletzt das Resultat eines meist ungebremsten „Klassenkampfes von oben“. Das darf nicht hingenommen werden.

Das Fazit der gelungenen Veranstaltung lautete: Vor allem Gewerkschaften, aber auch politische Parteien, die sich den Interessen der Arbeitenden verpflichtet sehen, sind jetzt umso mehr gefordert. Ohne konsequenten Widerstand von unten wird die gewerkschaftliche Gegenmacht noch weiter unter die Räder kommen. ■

Autohaus Ernst: BR-Mobbing und Tarifflicht

H. N.

Zu einer Warnstreikkundgebung hatte die örtliche IG Metall am 24. März 2022 aufgerufen. Rund 100 Kolleginnen und Kollegen waren vor der Ernst-Niederlassung in der Mannheimer Friedrich-Ebert-Straße anwesend.

Solidarität mit den Beschäftigten der Ernst-Gruppe zeigten auch Abordnungen aus anderen Betrieben des Kraftfahrzeug-Handwerks und der Industrie (Benz, John Deere, ZF-Wabco ...).

Bei der Ernst-Gruppe arbeiten rund 250 Menschen in Heidelberg, Hockenheim und Mannheim. Sie verkaufen und warten Fahrzeuge des Volkswagen-Konzerns (Audi, Seat, Skoda und VW).

Zum Jahresende hat das Mannheimer Traditionsunternehmen auf Betreiben des Geschäftsführers Widder die Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband des Kfz-Handwerks gekündigt. Das bedeutet den Ausstieg aus der Tarifbindung und in Zukunft massive Nachteile für die Beschäftigten. Offenbar soll das Autohaus Ernst an

einen Konkurrenten verkauft werden.

Neue Verhandlungen mit der IG Metall lehnt Widder bisher ab.

Massive Einschüchterungen

Berichten auf der Kundgebung zufolge sind Beschäftigte und Auszubildende im Vorfeld des Warnstreiks vom Geschäftsführer der Ernst-Gruppe persönlich eingeschüchtert worden.

Es gab Abmahnungen von langjährig Beschäftigten, unter anderem auch des Betriebsratsmitglieds, das vor kurzem mit den meisten Stimmen gewählt worden ist. Zudem versuchte die Geschäftsführung, Druck durch das Aufstellen einer gelben BR-Wahlkarte auszuüben.

Auf der Kundgebung sprachen neben Ver-

tretern der IG Metall und dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Ernst-Gruppe auch Betriebsratsmitglieder von Benz und ZF Wabco, ein Vertreter des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar sowie der DGB-Vorsitzende des Kreisverbands Mannheim / Rhein-Neckar West.

Thomas Hahl, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Mannheim, nannte wie auch andere Rednerinnen und Redner das Verhalten der Geschäftsleitung einen Angriff auf demokratische Grundrechte. Er forderte die Mannheimer Stadtpolitik auf, Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die Tarifverträge einhalten.

Klar ist jedenfalls, dass die IG Metall und die Beschäftigten selbst weitere Aktionen durchführen müssen. ■

ISO-Infoabend

Zum Krieg in der Ukraine

R. G.

Der verbrecherische Angriffs-Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Reaktionen der NATO und Deutschlands waren im März Thema des Infoabends der ISO Rhein-Neckar. Dabei ging es auch um die notwendigen Antworten der politischen Linken auf diesen Krieg.

Der Referent machte deutlich, dass dieser Krieg durch nichts zu rechtfertigen sei. Wie alle Kriege bringe auch dieser nur Tod, menschliches Leid und Zerstörung. Kriege seien keine Naturereignisse, sondern werden von den Herrschenden begonnen und um Reichtum, Macht und Bodenschätze geführt.

dem erreicht, was es verhindern wollte. Die ukrainische Nation sei enger „zusammenrückt“ und NATO und EU seien geschlossener als zuvor. Nicht zuletzt werde in der NATO und in Deutschland dieser Krieg genutzt, um eine massive Aufrüstung zu begründen.

Nein zum Krieg, nein zur Aufrüstung

Aktuell sei es die drängendste Aufgabe, für ein sofortiges Ende des Krieges einzutreten und den Fliehenden zu helfen. Aber man dürfe angesichts der humanitären Katastrophe in der Ukraine nicht übersehen, dass die globale kapitalistische Klasse davon unbeeindruckt ihre neoliberale Politik fortsetze.

Die Herrschenden würden die „Gunst der Stunde“ nutzen und versuchen, im Schatten des Krieges totgeglaubte Positionen wiederzubeleben: Aufrüstung garantiere Frieden, notwendige klimapolitische Maßnahmen seien einer „sicheren“ Energieversorgung unterzuordnen, Freihandelsabkommen wie TTIP müssten erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden ...

Umso wichtiger sei es, eine Antikriegsbewegung aufzubauen, die für ein sofortiges Kriegsende, gegen die Abwälzung der Kriegskosten auf die arbeitende Klasse und gegen jede weitere Aufrüstung eintrete.

Nein zu Krieg
und Aufrüstung!



Internationale Sozialistische Organisation
www.intersoz.org - facebook.com/intersoz.org

Russische Armee
raus aus der
Ukraine



Internationale Sozialistische Organisation
www.intersoz.org - facebook.com/intersoz.org

In diesem Krieg sei der Aggressor eindeutig das vom Putin-Regime geführte Russland. Es gehe Putin darum, den geopolitischen und wirtschaftlichen Einfluss Russlands regional sowie global abzusichern und zu vergrößern. Für dieses groß-russisch-nationalistische Ziel sei er bereit, militärische Mittel einzusetzen.

NATO: indirekte Kriegspartei

Diese Beurteilung ändere sich auch nicht dadurch, dass die NATO-Staaten Mitverantwortung trügen. Sie hätten nach der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts keine weltweite Friedens- und Abrüstungsinitiative gestartet, sondern mit ihrer Strategie der militärischen Abschreckung und der NATO-Osterweiterung Russland immer stärker unter Druck gesetzt.

Längst sei die NATO an diesem Krieg beteiligt. Zwar nicht direkt militärisch, aber ohne Geld und Waffenlieferungen des „Westens“ hätte sich die Ukraine nicht so lange und erfolgreich gegen die russische Armee verteidigen können. Und nicht zuletzt, kämpfe sie mit massiven und beispiellosen Sanktionen auf wirtschaftlichem Gebiet mit.

Das Moskauer Regime hätte in diesem Krieg bislang genau das Gegenteil von

russische Einmarsch zu verurteilen sei. Ebenso, dass die NATO kein Friedensbündnis sei und ihre Führungsmacht USA mit globaler militärischer Präsenz versuche, die Welt weiterhin zu beherrschen.

Neben den Gemeinsamkeiten in der Analyse gab es auch unterschiedliche Positionen. Unter anderem wurde diskutiert, ob man *aktuell* den Fokus auf die „Volksbewaffnung“ richten solle, das heißt für den Aufbau von Verteidigungs-Milizen anstatt einer stehenden Armee einzutreten.

Eine weitere Differenz gab es bezüglich der Frage, wie man am wirkungsvollsten gegen das 100 Mrd.-Aufrüstungspaket der Ampel-Regierung argumentieren und mobilisieren könne. Ein Vorschlag war, zu fordern, die 100 Mrd. für soziale und klimapolitische Maßnahmen statt für Waffen zu nutzen. Ein Diskussionsteilnehmer hielt es jedoch für politisch vermittelbarer, konkrete Rüstungs-Projekte wie zum Beispiel den Kauf der F35-Jets abzulehnen.

Jetzt noch aktiver werden

Auch wenn es die Zeit nicht zuließ, alle Fragen abschließend zu diskutieren, war dies ein wichtiger und gelungener Infoabend. Aber Diskussionen werden allein nur wenig bewirken.

Es muss uns gemeinsam mit anderen gelingen, unter Einbeziehung der Gewerkschaften eine breite internationale Antikriegsbewegung aufzubauen.

Die nächsten Möglichkeiten für kleine, aber reale Schritte in diese Richtung bieten der Ostermarsch und der 1. Mai. ■

Kriegstreiber
stoppen
- überall!



Internationale Sozialistische Organisation
www.intersoz.org - facebook.com/intersoz.org

Starke Diskussion

Nach dem Referat kam es zu einer intensiven Diskussion. Einig war man sich, dass Putins Regime in diesem Krieg der verantwortliche Aggressor sei und der

Zum Gedenken an Alain Krivine (1941 – 2022)

W. A.

Am 12. März 2022 ist unser Genosse Alain Krivine im Alter von 80 Jahren in Paris gestorben.

Alain erblickt während des Zweiten Weltkriegs als Sohn einer Familie ukrainischer Juden in Paris das Licht der Welt. Mit 17 Jahren tritt er wie seine vier Brüder in die Jugendorganisation der stalinistischen KPF ein.

Ein Moskau-Besuch und sein Engagement für die Unabhängigkeit Algeriens führen zum Bruch mit dem Stalinismus. Seine Kritik an der KP-Spitze beantwortet diese mit dem Parteiausschluss.

Mit anderen Dissidenten gründet er im April 1966 die JCR (Revolutionär Kommunistische Jugend). Sie spielt bei den Protesten gegen den Vietnamkrieg und bei der Revolte im Mai 1968 eine führende Rolle.

Im Juni 1968 verbietet die gaullistische Staatsführung die JCR. Alain wird als prominentes Mitglied für einige Wochen inhaftiert.

1969 ist er maßgeblich an der Gründung der Ligue communiste (Kommunistischer Bund, französische Sektion der IV. Internationale) beteiligt. Im selben Jahr (und nochmals 1974) kandidiert er bei den Präsidentschaftswahlen.

Nach dem von der Ligue im Juni 1973

organisierten Angriff auf eine faschistische Großveranstaltung wird Alain erneut mehrere Wochen inhaftiert und die Organisation verboten.

Auch dieses Mal lässt er sich nicht einschüchtern. Er spielt in der 1974 gegründeten Nachfolgeorganisation LCR eine führende Rolle – und befürwortet 2009 deren Übergang in die NPA. Er straft alle Lügen, die meinen, das revolutionäre Engagement würde auch bei ihm mit dem Alter werden erlahmen.

Bei den Europawahlen 1999 erringt er sein einziges parlamentarisches Mandat. Im Gegensatz zu der auch bei den meisten „Linken“ üblichen Gier auf die üppigen „Diäten“ eines Parlamentariers bescheidet er sich mit dem damaligen Parteilohn von 1.500 Euro.

Alains Leben hat übrigens, was kaum bekannt ist, auch Bezüge zu Mannheim. Der Gründungskongress der Ligue findet an Ostern 1969 getarnt im dortigen Eichbaum-Stammhaus in den Quadraten statt.

Im Juli 2003 beteiligt sich Alain auf unsere Einladung hin an der internationalen

Demo von rund 5.000 Alstom-Beschäftigten in Paris. Zudem schickt er in seiner Eigenschaft als revolutionärer Europaabgeordneter eine Solidaritätsadresse an den Käfertaler Betriebsrat, die dieser – sehr zum Ärger der Konzernleitung – umgehend der Belegschaft bekannt gibt.

In der Mitteilung der NPA zum Abschied von Alain heißt es: „Salut, vieux, et merci pour tout. On continue le combat!“ Das bedeutet auf Deutsch: „Tschüss, Alter, und danke für alles. Wir setzen den Kampf fort!“ Dem ist nichts hinzuzufügen. ■



Alain Krivine am 15. November 2014 in Paris.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 01.04.2022, 19:30 Uhr, „Ein anderes 1968“, Eckpunkt SP*
- SAM, 02.04.2022, 15:00 Uhr, Aktionstag Seebrücke, MA Schloss*
- SO, 03.04.2022, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DO, 07.04.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DO, 14.04.2022, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- SAM, 16.04.2022, 12:00 Uhr, Ostermarsch, Kapuzinerplanken / O 5 MA*
- DO, 21.04.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- FR, 22.04.2022, 19:00 Uhr, Hybrider ISO-Infoabend*

Vorschau

- SO, 01.05.2022, 10:00 Uhr, DGB-Demo ab DGB-Haus MA*
- 16. – 19.06.2022, Ökosozialistische Konferenz der ISO in Köln*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

